

Schlussfolgerungen aus dem Massenzustrom

Stefan Luft

Welche Schlussfolgerungen sind aus dem Massenzustrom syrischer Fluchtmigranten, der 2014 einsetzte, zu ziehen? Die Lage der Palästinenser, die Konflikte im Libanon und der Krieg mit dem Iran lassen eine Antwort auf diese Frage dringender denn je erscheinen. Eine Skizze.

Die Fluchtmigration aus Syrien stellt ein prägendes migrationspolitisches Ereignis Europas im 21. Jahrhundert dar. Insbesondere Deutschland wurde seit 2014 zu einem zentralen Zielland für Schutzsuchende. Die Jahre 2015 und 2016 markieren dabei einen historischen Höhepunkt der Zuwanderung, der sowohl politische als auch gesellschaftliche Debatten nachhaltig beeinflusste. Ende 2025 stellt die Lage in Syrien nach wie vor eine der größten Vertreibungskrisen weltweit dar – mit rund elf Millionen Vertriebenen, darunter rund vier Millionen syrischen Flüchtlingen, die in Nachbarländern aufgenommen wurden, inmitten aktiver Konflikte, Naturkatastrophen sowie sich verschlechternder sozio-ökonomischer und humanitärer Bedingungen.¹

Die Fluchtmigration aus Syrien weist Merkmale auf, die auch andere Wanderungsbewegungen kennzeichnen.

Syrien als Spielfeld fremder Mächte

Der Krieg in Syrien war auch Folge von Regime-Change-Operationen der USA, des Vereinigten Königreichs und arabischer Staaten. Die Finanzierung, Bewaffnung und Ausbildung von Rebellen-gruppen (auch islamistischen Akteuren von Al Kaida und der Nusra-Front) erfolgte seit 2013 mit dem Ziel, Präsident Assad zu stürzen.² Präsident Trump beendete diese Operationen.³

Im Jahr 2015 griff Russland in die militärischen Auseinandersetzungen ein, um die weitere Schwächung oder gar den Sturz der Regierung zu verhindern, was zunächst gelang. Im Jahr 2024 wurde Assad gestürzt. Der Islamistenanführer Ahmed al-Sharaa wurde zum vorläufigen Präsidenten ernannt.

Mangelnde Hilfe für Anrainerstaaten

Die Anrainerstaaten der Kriegs- und Kriegsgebiete beherbergen 67 Prozent aller Flüchtlinge weltweit.⁴ Von 5,9 Millionen weltweit registrierten Flüchtlingen aus der Ukraine werden 5,4 Millionen in Europa registriert.⁵ Schutz aufgrund innerstaatlicher bewaffneter Konflikte wird in der überwiegenden Mehrzahl von den Anrainerstaaten des betroffenen Staates gewährt. Dazu müssen die aufnehmenden Staaten in die Lage versetzt werden, wirksame und nachhaltige Hilfe zu leisten.⁶ Die mangelnde Unterstützung der Anrainerstaaten gehört zu den zentralen Ursachen für die Weiterwanderung nach Europa. Die Lage in den Erstaufnahmeländern Libanon, Jordanien und Ägypten verschlechterte sich für die Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak bereits vor dem Jahr 2015 kontinuierlich. Den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit zu bestreiten wurde immer schwieriger, die Anfeindungen vor Ort immer größer. Dann war Verelendung die Perspektive: Kinderarbeit, Bettel und immer höhere Verschuldung gehören zu den Folgen. Zudem waren die internationalen Hilfsprogramme unterfinanziert. Der Hilfsplan für Syrien war 2014/15 nur zu 41 Prozent finanziert. Lebensmittelrationen mussten stark gekürzt werden. Bei 85 Prozent der Flüchtlinge ist im Jahr 2015 die Versorgung mit Lebensmitteln gefährdet, 2014 lag der Anteil noch bei 48 Prozent. 68 Prozent leben unter der Armutsgrenze (2014 noch 44 Prozent).⁷

Im Jahr 2026 haben bis zu neun von zehn syrischen Flüchtlingen nach Angaben des UNHCR⁸ Schwierigkeiten, ihre Grundbedürfnisse zu decken, während der Unterstützungsbedarf der Aufnahmeländer ein erhebliches Ausmaß erreicht hat. Insgesamt werden im Jahr 2026 schätzungsweise mehr als 10,8 Millionen Menschen im Libanon, in Jordanien und in der Türkei irgendeine Form von humanitärer und entwicklungspolitischer Hilfe benötigen. Im Jahr 2025 benötigten schätzungsweise 16,5 Millionen Menschen innerhalb Syriens humanitäre Hilfe, darunter 7,1 Millionen Binnenvertriebene.

Dysfunktionales Asylsystem

Zahlreiche Faktoren trugen dazu bei, dass die Bundesrepublik Deutschland eine zentrale Rolle bei der Aufnahme syrischer Fluchtmigranten übernommen hat.⁹ Dazu gehören der Zerfall von Pufferstaaten wie Libyen, der Massenzustrom und in dessen Folge der Zusammenbruch des Dublin-Systems und die Öffnung Deutschlands im September 2015 für einen unkontrollierten Zuzug sowie die politischen Äußerungen, dies weiterhin hinzunehmen.

Anziehungskräfte Deutschlands

Deutschland entwickelte sich im Verlauf der Krise zum wichtigsten Aufnahmeland außerhalb der Region. Bis Ende 2024 lebten rund 713.000 syrische Schutzsuchende in Deutschland. Zählt man Eingebürgerte und Nachkommen hinzu, ergibt sich eine Gesamtzahl von über 1,2 Millionen Menschen mit syrischer Einwanderungsgeschichte. Deutschland hat mit Abstand die allermeisten Flüchtlinge aus Syrien unter den Mitgliedstaaten der Europäischen Union aufgenommen. Nach der Türkei und dem Libanon steht Deutschland international an dritter Stelle. Migration – auch Asylmigration – ist ein dynamischer, sich selbst verstärkender Prozess. Migration zieht Migration nach sich. Alleine im Jahr 2024 wurden 76.765 Asylerstanträge von syrischen Staatsangehörigen gestellt, dies entspricht einem Anteil von 33,4 Prozent an allen Erstanträgen. Rund 163.000 Syrer kamen zwischen 2015 und 2025 über den Familiennachzug nach Deutschland.

Die Entscheidung vieler Geflüchteter für Deutschland lässt sich durch eine Kombination struktureller und individueller Faktoren erklären. Auf struktureller Ebene waren insbesondere die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die Stabilität des politischen Systems sowie die ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme ausschlaggebend. Deutschland wurde international als Land wahrgenommen, das Schutzsuchenden vergleichsweise gute Lebens- und Integrationsbedingungen bietet. Hinzu kamen normative Faktoren wie Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Religionsfreiheit, die für viele Geflüchtete von hoher Bedeutung waren. Ebenso wichtig waren soziale Netzwerke:

Bereits in Deutschland lebende Verwandte oder Bekannte erleichterten die Entscheidung und unterstützten bei der Orientierung im Zielland. Solche Netzwerke wirken als klassische „Pull-Faktoren“ im Migrationsprozess. Ein Teil der Fluchtmigranten entschied sich erst während der Flucht für Deutschland, etwa aufgrund von Informationen über Aufnahmebedingungen oder aufgrund veränderter Routen. Hinzu kommen politische Signale wie jenes aus Deutschland vom 25. August 2015. Bereits am 21. August hatte das BAMF ohne Konsultation der Partner im Schengenraum entschieden, die Dublin-Verordnung für syrische Flüchtlinge auszusetzen und ihnen ein Bleiberecht zu gewähren

Pufferstaat Türkei

Die Übereinkunft zwischen der Europäischen Union und der Türkei im Jahr 2016 zielte darauf ab, die irreguläre Migration nach Europa einzudämmen. Es sah unter anderem vor, dass Migranten, die illegal auf die griechischen Inseln gelangten, in die Türkei zurückgeführt werden können. Im Gegenzug verpflichtete sich die EU, syrische Flüchtlinge direkt aus der Türkei aufzunehmen und finanzielle Unterstützung bereitzustellen. Die Wirkung des Abkommens war ambivalent. Einerseits führte es zu einem deutlichen Rückgang der Ankünfte über die östliche Mittelmeerroute. Andererseits wurde kritisiert, dass die humanitäre Situation an den EU-Außengrenzen, insbesondere in Griechenland, erheblich verschlechtert wurde. Zudem blieb die tatsächliche Umsetzung der Rückführungsmechanismen begrenzt. Für Deutschland bedeutete das Abkommen vor allem eine Stabilisierung der Zuwanderungszahlen und eine stärkere Kontrolle der Migration.

Widersprüchliche politische Signale

Kriegs- oder Bürgerkriegsflüchtlinge können keine individuelle Verfolgung geltend machen. Auch ihnen wird sinnvollerweise nur solange Schutz gewährt, wie die Konflikte eine Rückkehr in das Herkunftsland unmöglich machen. Darauf hatte auch Bundeskanzlerin Merkel zu Beginn des Jahres 2016 hingewiesen.¹⁰ Zu den widersprüchlichen Signalen gehört die Erleichterung von Einbürgerungen: Bei Schutzberechtigten (Asylberechtigte, anerkannte Flüchtlinge sowie Personen mit subsidiärem Schutzstatus) wurden mit dem

„Integrationsgesetz“ im Jahr 2016 und dem „Gesetz zur Modernisierung der Staatsangehörigkeit“ 2024 die Aufenthaltsfristen verkürzt und das verlangte Sprachniveau abgesenkt (B1 statt B2). Dies spiegelt sich auch im Einbürgerungsgeschehen wider: Seit 2021 stellen syrische Staatsangehörige die größte Gruppe unter den in Deutschland Eingebürgerten dar.¹¹ Zwischen 2026 und 2024 wurden 244.000 Syrer in Deutschland eingebürgert.

Syrische Geflüchtete erhielten in Deutschland überwiegend internationalen Schutz. Dazu zählen insbesondere der Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention sowie der subsidiäre Schutz. Beide Statusformen gewähren ein Aufenthaltsrecht, unterscheiden sich jedoch in bestimmten Rechten, etwa beim Familiennachzug. Ein Großteil der syrischen Schutzsuchenden verfügt über einen anerkannten Schutzstatus. Die Aufenthaltstitel sind häufig befristet, können jedoch verlängert werden. Seit den politischen Veränderungen in Syrien im Jahr 2024 wird verstärkt geprüft, ob Schutzgründe weiterhin bestehen. Dies geschieht jedoch im Rahmen individueller Verfahren und nicht pauschal.

Schlussfolgerungen

Große Flüchtlingsquantitäten in Europa gehen zurück auf von den USA angeführten Militärinterventionen (in Afghanistan, unter Beteiligung Deutschlands, im Irak, in Syrien). Diesem Zusammenhang muss stärker als bisher politische Aufmerksamkeit gewidmet werden.

Die Erstaufnahmestaaten müssen stärker in den Blick genommen und in die Lage versetzt werden, wirksame und nachhaltige Hilfe zu leisten. Mithilfe des „subsidiären Schutzes“ Betroffenen letztendlich einen unbefristeten Aufenthalt in Deutschland zu ermöglichen, ist nicht sinnvoll. In der Region selbst vorübergehend Schutz zu finden und dort einen Neustart beginnen zu können, ist sowohl für die Betroffenen als auch für die in Frage kommenden Zielländer sinnvoll. Sie müssten sich allerdings sehr viel stärker als bisher engagieren.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem wird sich auch nach der Reform, die im Sommer 2026 in Kraft tritt, schwertun, einen Massenzustrom so zu kanalisieren und zu steuern, dass es zu keinen starken Ungleichheiten in der Verteilung der Belastungen

kommen wird. Solange der Ruf wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, Wohlstands und faktisch unbegrenzten Zugangs bestehen bleibt, wird die Entscheidung im Zweifel für die EU und für Deutschland getroffen werden.

Die Aufnahme von Kriegsflüchtlingen außerhalb Europas (Syrien, Afghanistan, Irak etc.) in erheblichen Größenordnungen wird die politischen Spannungen innerhalb der EU und in den Mitgliedstaaten weiter verschärfen. Forderungen nach Aufnahmeprogrammen und einer „Öffnung von Fluchtwegen“ aus dem Iran nach Europa und nach Deutschland werden aktuell – im April 2026 – erhoben.¹² Damit stünde ein weiterer „Massenzustrom“ auf der Tagesordnung. Gleichzeitig ist klar, dass der allergrößte Teil der syrischen Staatsangehörigen in Deutschland in den nächsten Jahren nur freiwillig ausreisen wird und nicht dazu gezwungen werden kann. Weder rechtlich noch faktisch bestehen entsprechende Voraussetzungen. Hin zu einer weitblickenden Flüchtlingspolitik ist noch ein weiter Weg zurückzulegen.



Dr. Stefan Luft

ist Privatdozent am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bremen. Im Jahr 2026 erscheint sein Buch „Systemversagen. Flüchtlingschutz in Deutschland“.

Anmerkungen:

- 1 <https://www.unhcr.org/media/flash-regional-survey-syrian-refugees-perceptions-and-intentions-return-syria>, Stand: 15.04.2026.
- 2 https://en.wikipedia.org/wiki/Timber_Sycamore#cite_note-bbc200717-2
- 3 <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-40667229>, Stand: 29.04.2026.
- 4 UNHCR Global Trends: Forced Displacement in 2024. <https://www.unhcr.org/sites/default/files/2025-06/global-trends-report-2024.pdf>, Stand: 12.04.2026.
- 5 <https://data.unhcr.org/en/situations/ukraine>, Stand: 14.04.2026.
- 6 Betts, Alexander / Collier, Paul: Gestrandet. Warum unsere Flüchtlingspolitik allen schadet – und was jetzt zu tun ist, München 2017, 137 ff.
- 7 WFP: Jordan. Syria Crisis Response. Fact sheet October 2015, <https://data.unhcr.org/en/documents/details/44630>, Stand: 17.11.2015.
- 8 <https://data.unhcr.org/en/documents/download/120269>, Stand: 14.04.2026.
- 9 Luft, Stefan: Die Flüchtlingskrise. Ursachen, Konflikte, Folgen. München 2016.
- 10 <https://www.faz.net/aktuell/politik/fluechtlingskrise-merkel-die-meisten-werden-zurueckkehren-muessen-14043375.html>, Stand: 15.04.2026.
- 11 Statistisches Bundesamt https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/05/PD24_209_125.html, Stand: 14.04.2026.
- 12 <https://www.nds-fluerat.org/64508/aktuelles/fluechtlingsrat-niedersachsen-fordert-verteidigung-des-voelkerrechts/#comments>, Stand: 16.04.2026.